



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/257 - 6.11.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 890

| | |
|----------------------------------|------|
| Mißbrauch der Religion | S. 1 |
| Britische Sorgen über Kenya | S. 3 |
| Sozialdemokratie und Mittelstand | S. 4 |

Christentum und Politik

(sp) Diese fast schon blasphemische Begriffsverbindung ist täglicher Bestandteil der CDU-Propaganda und ständiges Requisite unzähliger Kanzelreden im Kampf um die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen in drei deutschen Ländern und wird es in steigendem Maße in den kommenden Monaten bei der Vorbereitung zur Bundestagswahl sein. Das Wort "christlich" wird in beschämender Weise für propagandistische Zwecke mißbraucht und viele Katholiken und Protestanten haben, als Einzelperson und auch im geschlossenen Verband, dagegen Stellung genommen. In einer Presseverlautbarung der "Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland-Landesamt Pfalz" gegen ein CDU-Flugblatt heißt es wörtlich: "Wir bitten alle evangelischen Männer: Sorgt dafür, daß der Wahlkampf nicht unfair geführt wird. Politische Brunnenvergiftung ist einer guten Sache nicht würdig. Entscheidet Euch in Eurer Verantwortung vor Gott und tut Euren Dienst als evangelische Männer in der Partei, in die Euch Eure Entscheidung hineinführt".

Dr. Adenauer selbst hat kürzlich in einem Wahlauf Ruf gesagt: "Eine glückliche Zukunft unseres Volkes erfordert Politiker echt christlicher Prägung in Gemeinde, Land und Bund", und er hat damit in neuer Form nur wiederholt, was er schon unzählige Male gesagt hat. Demgegenüber sei an ein Wort von Dr. Ehlers erinnert,

der auf dem Evangelischen Kirchentag in Stuttgart vor dem Versuch warnte, "politische Ziele durch christliche Vokabeln überzeugungskräftiger machen zu wollen". Und eine andere in Westdeutschland bekannte Persönlichkeit hat jetzt darauf verwiesen, daß der Baseler Theologie-Professor von Weltrup, Karl Barth, seit einem Menschenalter darum kämpft, mit solchen falschen Wortverbindungen aufzuräumen. Barth hat nachgewiesen, daß es niemals ohne weiteres eine Organisation oder Institution der menschlichen Gesellschaft geben kann, der man die Vokabel "christlich" zulegen könnte. Selbst die äußeren Erscheinungsformeln christlicher Gemeinschaften, nämlich die Kirchen, sind nicht als solche und ohne weiteres "christlich", sondern mit allen Fragwürdigkeiten des Menschen belastete Lebenserscheinungen. Immer ist es nur der Einzelne, der, über den Taufschein hinweg, ein Christ ist oder der es nicht ist. Und das wieder hat nichts mit der Wertung dieses Menschen zu tun und ist, wenn überhaupt, nur zu einem geringen Grade sein "Verdienst".

Aber es ist pharisäerhaft und damit unchristlich und höchst unerfreulich, wenn der Einzelne aus seinem religiösen Bekenntnis, das in einem vollkommen unpolitischen und persönlichen Bereich liegt, ein politisches Geschäft machen will, denn Politik ist "ein weltlich Geschäft". Und es ist einfach schamlos, unter propagandistischer Ausnutzung der religiösen Grundeinstellung von Menschen eine Wirtschaftspolitik oder eine Sozialpolitik, wie sie heute von der Bundesregierung betrieben wird, etwa "christlich" zu nennen - so ehrenwerte Christen Herr Erhard und Herr Schäffer sein mögen. Es ist nicht weniger demagogisch, zu behaupten, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die christlich-abendländische Kultur seien eins, wie es geschehen ist. Hier sei noch einmal Dr. Ehlers zitiert: "Wir haben nicht das Recht, heute jemandem, der meint, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft könne nicht die politische Freiheit unseres Staates sichern, zu schmähen". - Das Thema Christentum und Politik wird in den kommenden Monaten noch eine große Rolle spielen. Die SID hat sich in ihrem Aktionsprogramm erneut zur vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit bekannt. Daran hält sie fest. Aber sie wird einen scharfen Kampf gegen den politischen Mißbrauch von Kirche und Kanzel führen. Und er wird ihr nicht schwerfallen, angesichts der Fülle an Material über das Verhältnis dieser Regierung zum Begriff des Tat-Christentums.

Unruhe in Kenya - Sorgen um Ost-Afrika

F.S.-London, Anfang November

Endlich hat die Regierung den Vorsitzenden einer königlichen Kommission für die Kolonie Kenya ernannt. Obgleich ihr Abreisetermin nicht vor Beginn des nächsten Jahres festgesetzt ist und auch nicht annähernd zu übersehen ist, wann sie ihre Tätigkeit beendet haben wird, wird doch schon allein die Tatsache ihrer Ernennung eine gewisse Beruhigung in der Öffentlichkeit hier und in Kenya gewähren. Die Sorge der britischen Regierung bezieht sich nicht so sehr auf die fanatische Mau-Mau-Sekte und der von ihr heraufbeschworenen Terrorwelle, viel mehr Gedanken verursacht die bereits seit vielen Jahren wachsende Unzufriedenheit der einheimischen Bevölkerung. Es wird befürchtet, daß diese Unruhe nunmehr auch auf die bisher zurückhaltenden Teile übergreift, sich auf benachbarte Gebiete ausdehnt und schließlich die Stellung Dr. Malans stärkt.

Es ist nicht zu verstehen, daß die Regierung erst jetzt erkennt, daß sie die Reformen fortzusetzen hat, die eine kluge Kolonialpolitik der Labour-Regierung gleich nach Beendigung des Krieges einleitete. Besonders verantwortlich sind jene weißen Siedler, die die Zeit für gekommen hielten, wieder in die Methode der "straffen" Politik zu fallen. 30000 Europäer, in sich streng nach Rang und Stellung eingeteilt, und hauptsächlich Einwanderer aus England, stehen einer einheimischen Bevölkerung gegenüber, die 5,2 Millionen beträgt, zu denen noch 98000 Inder und 24000 Araber hinzukommen. Der afrikanischen Bevölkerung, kulturell und sozial sehr zurückgeblieben, wird keine Möglichkeit gegeben, sich den Lebensbedingungen einer modernen Gesellschaft anzupassen.

Wohl haben die zugewanderten weißen Bewohner, vielfach Grundbesitzer, auch industrielle Einrichtungen geschaffen. Aber die Entlohnung des einheimischen Arbeiters ist so gering, daß er nicht imstande ist, seiner gewöhnlich vielköpfigen Familie ausreichende Lebensmöglichkeiten zu schaffen. In und um Nairobi, der Hauptstadt, haben rund 10000 Familien im wahrsten Sinne des Wortes kein Dach über dem Kopf und vegetieren in Hütten, die aus ein paar Latten und Tüchern

bestehen. Hinzu kommt, daß ein starker Zustrom zu den Städten - als Landarbeiter geht es den Eingeborenen besonders im Kikuyu-Gebiet noch schlechter - eine Arbeitslosigkeit schuf, die wesentlich zur Radikalisierung der einheimischen Bevölkerung beiträgt.

Gewährung von Landbesitz, Abschaffung der Rassenunterschiede - sie gehen in Kenya noch so weit, daß z.B. weite und die fruchtbarsten Landstrecken, die "White Highlands" nur von Weißen in Grundbesitz genommen werden dürfen - und der Aufbau des Bildungswesens sind die drei Voraussetzungen, die jede englische Regierung zu erfüllen hat, wenn sie vermeiden will, daß anstelle der Mau-Mau-Sekte in nicht allzu langer Zeit der Kommunismus um sich greift, wie er es unter ähnlichen Umständen in einigen asiatischen Ländern tun konnte. Strategisch, politisch und ökonomisch würde ein solcher afrikanischer Unruheherd viel gefährlicher sein als ein Land, dessen einheimische Bevölkerung eines Tages in der Lage ist, sich selbst und unabhängig zu verwalten.

+ + +

Mittelschichten und Sozialdemokratie

(sp) Das Ende September 1952 in Dortmund vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einstimmig beschlossene Aktionsprogramm sagt unter dem Titel "Privateigentum und Gemeineigentum": "Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird das kleine und mittlere Privateigentum fördern".

Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die Erkenntnis nicht neu, daß die Millionen kleiner und mittlerer selbständiger Existenzen in Handwerk, Handel, im übrigen Gewerbe, in den freien Berufen und in der Landwirtschaft von außerordentlicher gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Bedeutung sind. Andererseits haben viele Angehörige dieser breiten Schichten auch erkannt, daß ihre eigene Existenz in Gegenwart und Zukunft aufs engste mit dem Wohl und Wehe der deutschen Arbeitnehmerschaft verbunden und nur gesichert ist, wenn der Arbeitnehmerschaft eine höhere Lebenshaltung ermöglicht wird. Darum haben sich Tausende von Angehörigen der genannten städtischen Mittelschichten nach 1945 zu einer "Arbeits-

gemeinschaft selbständig Schaffender in der SPD" zusammengeschlossen.

Jüngst tagten in Düsseldorf 107 Delegierte aus 40 Ortsgruppen dieser Arbeitsgemeinschaft im Lande Nordrhein-Westfalen. Der eigentliche Zweck der Tagung war die Gründung eines Landesverbandes der Arbeitsgemeinschaft; selbstverständlich haben sich die versammelten Handwerksmeister, Kaufleute, Fabrikanten, Helfer in Steuersachen u.a. Berufe mehr auch über ihre Nöte unterhalten. Am Ende ihrer Diskussionen legten sie deren Ergebnisse in einer Entschliebung fest, in der sie sich vorbehaltlos zu den Grundsätzen des Dortmunder Parteiprogramms bekannten. Es heißt dann weiter in der Resolution: "Die Konferenz lehnt die Politik der Bundesregierung und der Koalitionsparteien ab. Diese Politik beseitigt nicht die Existenznot und Unsicherheit dieser Gruppen; sie hat sie im Gegenteil bisher nur verschärft. Daher sind auch die Regierungsparteien ungeeignet, sich zu Sprechern dieser Berufs- und Wirtschaftsgruppen zu machen".

Der Appell, mit dem sich die Resolution an die noch außerhalb der Arbeitsgemeinschaft stehenden Berufs- oder Schicksalsgenossen wendet, ist keine bestellte Phrase, sondern eine leider jetzt noch verhältnismäßig selten in den Mittelschichten anzutreffende Erkenntnis einer gesellschaftlichen Situation, aus der politische Schlussfolgerungen gezogen wurden. Es wird darin festgestellt, daß die Regierungsparteien de facto im Interesse des Großkapitals agieren, und es werden die Mittelschichten aufgerufen, mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit und für eine unserem Volke dienende sichere demokratische Staats- und Wirtschaftsgrundlage zu kämpfen.

Es ist sicher gut, wenn den Mittelschichten von ihresgleichen selbst gesagt wird, sie sollen nicht die Politik von ihren vielgearteten Nöten aus sehen, sondern diese Nöte von der Politik der Parteien aus. Das eine führte seinerzeit zu ohnmächtigen "Wirtschaftsparteien" und endete in der NSDAP; das andere führt die Mittelschichten in den demokratischen, wirtschaftlich und sozial fortschrittlichen Staat.

Verantwortlich: Peter Raunau